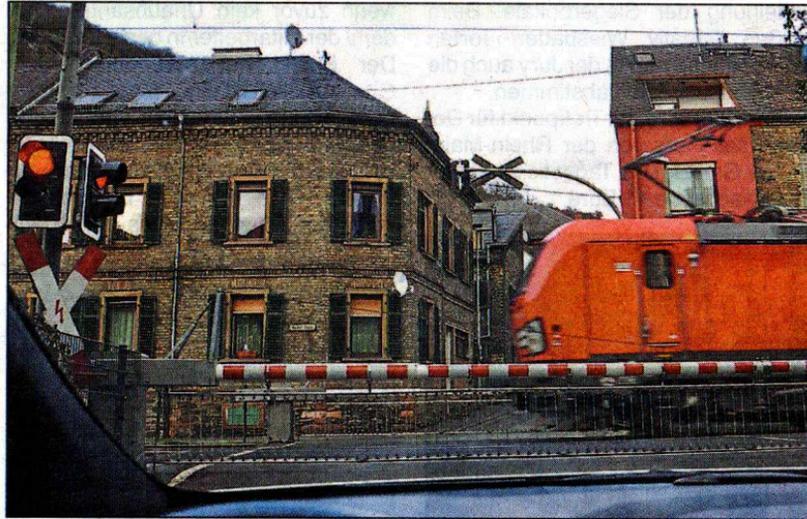


Alternativtrasse dringend erforderlich

Hessen macht Druck: „Machbarkeitsstudie so schnell wie möglich“

Rheingau. (av) – Auf Initiative der Landtagsabgeordneten Petra Müller-Klepper wird sich der Hessische Landtag mit der Alternativstrecke zur Verlagerung des Güterzugverkehrs aus dem Rheintal befassen. Die Regierungsfaktionen von CDU und Bündnis 90/Die Grünen haben den Vorschlag der Parlamentarierin aus dem Rheingau aufgegriffen, „Druck zu machen“. In einem gemeinsamen Antrag fordern sie vom Bund, dass die alternative Güterverkehrsstrecke Troisdorf – Mainz – Bischofsheim zur Entlastung des Mittelrheintals realisiert und die angekündigte Machbarkeitsstudie so bald als möglich in Auftrag gegeben wird.

„Wir setzen ein deutliches Zeichen. Die Güterzüge müssen raus aus dem Rheintal. Die Alternativstrecke ist dringend erforderlich. Die aktuellen Äußerungen aus dem Bundesverkehrsministerium verkennen die Realität total“, erklärte Petra Müller-Klepper. Die Bahnanlieger im Rheingau seien Tag und Nacht einem unerträglich hohen Lärmpegel ausgesetzt. Der Güterzugverkehr beschere ihnen eine hohe, chronische Belastung, die permanent über den Grenzwerten liege und auf Dauer keinem Menschen zuzumuten sei. Während bundesweit der Straßen-



Bahnschranke geschlossen, ein Zug nach dem anderen belastet die Menschen im Mittelrheintal und im Rheingau. Jetzt macht Hessen Druck und fordert die Alternativstrecke zur Verlagerung des Güterzugverkehrs aus dem Rheintal.

verkehr als Hauptlärmbelastung empfunden werde, sei für die Bevölkerung im Rheintal der Bahnverkehr die Lärmquelle Nummer 1.

„Unsere Region kann nicht noch mehr und noch längere Güterzüge verkraften, die durch die Öffnung des Gott-

hard-Tunnels auf uns zukommen. Sie ist bereits jetzt am Limit. Alle Maßnahmen zur Verringerung des Lärms an der Strecke und am rollenden Material, die durchaus Wirkung zeigen, werden angesichts der Verkehrsentwicklung nicht ausreichen, um eine lang-

fristig tragbare Situation zu schaffen“, betont die Abgeordnete. Die CDU-geführte Landesregierung setze sich deshalb seit Jahren mit Nachdruck für die Alternativtrasse ein und habe sie auch im Koalitionsvertrag für die neue Legislaturperiode wieder als Forderung verankert.

„Wir haben erreicht, dass das Projekt in den Bundesverkehrswegeplan aufgenommen worden ist und kämpfen dafür, dass es aus dem potentiellen in den vordringlichen Bedarf hochgestuft wird, damit die Planung beginnen kann“, so die Abgeordnete. Die Gesamtsituation sei bisher nicht ausreichend bewertet worden. Eine rein betriebswirtschaftliche Sicht reiche nicht aus. Es müssten auch die Auswirkungen der Belastungen auf die Gesundheit der Anlieger, Regionalentwicklung, Tourismus und der Welterbe-Status angemessen berücksichtigt werden. Es sei im Interesse des Gesundheitsschutzes der Bevölkerung und der Entwicklungschancen der Region, dass diese Verbindung gebaut werde. Darüber hinaus werde eine neue Transversale – möglichst in einem Tunnelsystem – zusätzliche Kapazitäten für die Verlagerung des Güterverkehrs auf die Schiene schaffen, wirtschaftlicher sein und den Schienenverkehr stärken. Die über 150 Jahre alte Bahnstrecke sei für den Güterverkehr in dieser hohen Frequenz und Masse nicht adäquat ausgestattet.